

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Imperium ohne Fahrplan

Amerika denkt über einen Rückzug aus dem Irak nach und streitet über den nächsten Konflikt. Ein Gang durch die Salons der Macht an der Ostküste /

Josef Joffe

Washington/Philadelphia Eine rätselhafte Tafel hängt mitten in Washington, an der Ecke K- und 18. Straße, dort, wo der Fußgängerverkehr am dichtesten ist. In Großbuchstaben verkündet sie: »HONOR« und »17 762 Verwundete«, dann »MOURNING« und »1400 Gefallene«. Dazu, ganz knapp: »Wir werden nie vergessen.« »Ehre« und »Trauer« - mehr nicht, weder Protest- noch Durchhalteparolen. Die Zahlen werden regelmäßig aktualisiert.

Wahrscheinlich können sich nur die Älteren, die Um-die-60-Jährigen, einen Reim auf diese kryptische Ansage machen. Sie werden sich um 37 Jahre in die Vergangenheit zurückversetzen, in die größte aller Anti-Vietnam-Demonstrationen. Die fand neun Straßen weiter südlich an der National Mall statt, der drei Kilometer langen Parkanlage zwischen Kapitol und Washington-Denkmal. Hier haben am 15. November 1969 mehrere Hunderttausend Menschen gegen den Vietnamkrieg protestiert - genau drei Jahre, nachdem Präsident Johnson die Eskalation mit einer halben Million Soldaten verkündet hatte.

»Wir haben kapiert, dass nur die Iraker diesen Krieg gewinnen können«

Heute ist der Irak-Krieg ebenfalls drei Jahre alt, doch auf der Mall tummeln sich nur die Touristen und Jogger. Die größte Demo in diesen Tagen, eine Million Menschen quer durchs Land, hat nicht

Friedensbewegte, sondern Neu- und Mächtgern-Amerikaner mobilisiert - Latinos, die erleichterte Einwanderung verlangen. Der Irak ist ein ferner Krieg, und kein Wunder. In diesem Krieg sterben 500 Amerikaner pro Jahr, in Vietnam waren es 500 pro Woche. Damals kämpften Wehrpflichtige, heute sind es Berufssoldaten. Damals litt das ganze Land an den Kosten, die sich in doppelstelligen Inflations- und Zinsraten niederschlugen. Heute halten sechs von zehn Amerikanern den Zustand der Wirtschaft für »sehr gut« oder »ziemlich gut«.

Neben den Familien der Gefallenen leidet am meisten ein einziger Mann an diesem Krieg. Er heißt George W. Bush, und seine Popularität entspricht in etwa jener der hiesigen SPD: 30 Prozent. Aber es gibt keinen Eugene McCarthy oder George McGovern, keine Senatoren also, die seinerzeit die Kriegsmüdigkeit in eine tödliche Wahlkampfzettel gegen die Präsidenten Johnson und Nixon umzuschmieden versuchten. Der Einzige, der sich bislang aus der Deckung wagt, ist Senator Joe Biden, Demokrat aus dem Mini-Staat Delaware. Er macht keinen Hehl aus seinen Präsidentschaftsambitionen, und er ist der erste Politiker von Gewicht, der das Wörtchen »Abzug« in den Mund nimmt.

Wir treffen den Anwärter beim Lunch in Philadelphia, wo er seinen »dritten Weg« (von dem noch zu reden ist) zum Nachtisch

präsentiert. Wir treffen ihn und noch ein paar andere, den Vizepräsidenten Dick Cheney und Nixons Außenminister Henry Kissinger. Sie alle waren gekommen, um den 90. Geburtstag eines großen Islam-Historikers zu feiern: Bernard Lewis. Vielen gilt Lewis als ideologischer Vater des Irak-Krieges. Er hat lange vor Samuel Huntington, schon 1990, den Begriff clash of civilizations geprägt. Er hat auch als Erster die Kriegserklärung eines gewissen Osama bin Laden ausgegraben, und zwar 1998 in einer Londoner Zeitung namens Al-Quds Al-Arabi (»Das Arabische Jerusalem«). Bin Laden stachelte damals alle Muslime auf, »die Amerikaner umzubringen, wo und wann auch immer«.

Cheney verliert kein Wort über den Irak und Iran, preist aber ausgiebig den Princeton-Professor - was Kissinger, den allzeit Ironiebereiten, zu diesem Kompliment an Lewis verleitet: »Ich selbst schätze mich glücklich, wenn ich mal ein, zwei Sätze aus ihm (Cheney) heraushole.« Lewis, ein Gelehrter, kein Handlanger, lässt sich nicht vereinnahmen. Elegant und leise korrigiert er Cheney. »Krieg gegen den Terror«, wie ihn Bush ausgerufen hat? »Terror ist eine Taktik, kein Feind.« Der Feind sei aus Fleisch und Blut: Bin Laden, der Juden und Christen den Krieg erklärt hat; die saudischen Wahhabiten, »eine Art Ku-Klux-Klan des Islams«, die im Bündnis mit dem Thron weltweit die Prediger des Hasses finanzieren; schließlich

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Irans Präsident Ahmadineschad, der Außenpolitik mit der Apokalypse - Christ und Antichrist, Gog und Magog - verwechselte. Krieg im Namen der Demokratie? » Freie Wahlen«, doziert Lewis mit einem Seitenhieb auf die US-Regierung, »sind der Höhepunkt demokratischer Entwicklung, nicht ihr Auslöser.« Wie das irakische Experiment ausgehen werde? » Freie Institutionen werden sich in der islamischen Welt durchsetzen«, aber nicht in der Weise des Westminster-Parlamentarismus, sondern klassisch-orientalisch: »als Vertrag zwischen Regenten und Regierten, als Konsens-System von Gruppen, Gilden und Gläubigen, das den Despotismus einhegt«. Harun al-Raschid fürs 21. Jahrhundert.

Zurück zu Joe Biden, der überall zu spät kommt und schon deshalb kaum das Weiße Haus erreichen wird: Er zeichnet ein düsteres Bild vom Irak, um dann einen »dritten Weg« zu trassieren - zwischen »Kurshalten« und »überhastetem Abzug«. Erst 2008 - dann wird der Bush-Nachfolger gewählt - sollen alle Truppen bis auf eine regionale Kernpräsenz von 20 000 Mann wieder zu Hause sein. Bis dann soll die soft partition, wie es die Kritiker nennen, die Dreiteilung des Iraks zwischen Schiiten, Kurden und Sunniten unter einem föderalen Dach vollzogen sein. Natürlich müsse die Weltgemeinschaft, insbesondere die »großen Fünf«, die Vetomächte im Sicherheitsrat, dahinterstehen und auch eine Friedenstruppe bereitstellen. Nur so könnten »ethnische Säuberung« und Bürgerkrieg vermieden werden.

In Wahrheit ist das kein Plan, sondern eine Zustandsbeschreibung. Die Dreiteilung vollzieht sich de facto, dito die »Säuberung« und der Krieg

aller gegen alle. In Wahrheit soll der »dritte Weg« ins Weiße Haus führen, aber den tödlichen Makel des Verrats an der nationalen Sache umgehen. Der Krieg ist zwar unpopulär, bleibt aber eine zweischneidige Wahlkampf-Waffe. Niemand möchte sich heute in die Falle begeben, die ihm hinterher die Anklage einbringt: Who lost Iraq?

Einer, den diese Frage seit dreißig Jahren umtreibt, ist Henry Kissinger - Außenminister an jenem finsternen Tag im April 1975, als der letzte Hubschrauber vom Dach der US-Botschaft in Saigon abhob. » Amerika hat sich damals selbst besiegt, nachdem es seine militärischen Ziele erreicht hatte«, brummt er: »Der Irak wirft heute das gleiche Problem auf. Deshalb müssen wir uns über die Folgen des Versagens im Klaren sein: Chaos in der Region, Desaster für Amerikas Position.« Ohne Biden beim Namen zu nennen, findet er es »schade, dass sich die öffentliche Debatte auf das Mechanistische eines Abzugs« verenge. » Dieser Krieg«, fügt er hinzu, »wird nicht durch einen einseitigen Akt beendet werden.«

»Wir werden nicht abziehen«, betont ein Vertrauter der heutigen Außenministerin Rice, der ungenannt bleiben will. » Das heißt allerdings nicht, dass wir unsere Truppe nicht um 50 000 Mann reduzieren könnten.« Mit dem doppelten Negativ verrät der Condi-Mann nichts Neues. William Safire, 35 Jahre lang Starkolumnist der New York Times, ist einer der klügsten Beobachter der Washingtoner Szene, und er meint schon, den genauen Zeitplan zu kennen. » Im Juli werden wir von 130 000 auf 100 000 oder gar 80 000 reduzieren. Das muss schon im Sommer sein, damit es nicht im Herbst, vor den Kongresswahlen, wie ein durchsichtiges Politmanöver

aussieht.«

»Der Präsident wird nicht abziehen«, erklärt indes Richard Perle, hierzulande als »Fürst der Finsternis« seit Nachrüstungszeiten bekannt, als er Ronald Reagan als Verteidigungsstaatssekretär diente. Er war neben Pentagon-Chef Rumsfeld und Vizepräsident Cheney einer der Taktgeber des Irak-Krieges. Für Bin Laden wäre der Abzug wie ein »Anabolikum für einen Sportler« - der Beweis für den kommenden Kollaps amerikanischer Macht. Dann aber die leise Volte, die man so ähnlich überall in Washington zu hören bekommt: »Wir haben kapiert, dass nur die Iraker diesen Krieg gewinnen können. Es ist Unsinn, zu glauben, wir könnten es besser als die.«

Übersetzt: Wenn die es nicht können, was sollen wir dort? Das ist die Hintertür zum Abzug, die sie sich inzwischen alle in Washington aufhalten. Die Polizei und Armee der Iraker seien allerdings auf dem besten Wege, glaubt Perle. Sieht er im Rückblick Fehler, zum Beispiel zu wenige Truppen? » Nein.« Zu wenige Verbündete? » Nein, wer denen hinterherläuft, gibt ihnen ein Veto.«

Einen Seitenhieb auf seine alten Pentagon-Freunde kann Perle sich nicht verkneifen: »Wir haben den Wiederaufbau des Landes vernachlässigt. Wir hätten die Iraker mit massiver Wirtschaftshilfe gewinnen müssen, statt das Geld den gewaltig absahnenden Multinationals in den Rachen zu stopfen.« Härter fällt das Urteil eines neuen Buches von Michael Gordon und Bernard Trainor, Ex-General der Marine-Infanterie, aus: »Rumsfeld und Gehilfen betrachteten den Aufbau eines neuen Iraks als relativ simple Angelegenheit« (Cobra II: The

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Inside Story of the Invasion and Occupation of Iraq). Das war, weniger höflich gesagt, sträflicher Leichtsinns, wie die vergangenen drei Jahre zeigen.

Eine Großmacht kann Fehler begehen, ohne ihren Bestand zu gefährden

Noch gilt in Washington das Prinzip: Je weiter von der Macht entfernt, desto heftiger die Kritik an ihr. Zbigniew Brzezinski saß einst als Sicherheitsberater im Westflügel des Weißen Hauses, nahe am Oval Office des Präsidenten Carter. Er propagiert den Abzug innerhalb eines Jahres; anders als sein Vorgänger Kissinger hält er die Konsequenzen für tragbar. Bürgerkrieg? Im Gegenteil: »Je länger wir bleiben, desto höher dessen Wahrscheinlichkeit.« Niederlage? » Wir haben unser Ziel erreicht: den Sturz Saddams.« Amerikas Prestige werde vielmehr »durch einen Krieg lädiert, in dem wir nicht die Mittel für einen entscheidenden Sieg aufzubringen gewillt sind«. Außerdem: »Schauen Sie sich doch an, wie frech Iran geworden ist, seitdem wir uns im Irak verstrickt haben.«

Ist der Irak das »amerikanische Afghanistan«? Nein, aber Iran könnte es werden, so sich Amerika »allein und einseitig« in einen zweiten Waffengang stürze. Dann, doziert Brzezinski in Anspielung auf den Ersten Weltkrieg, würde der Mittlere Osten zum »globalen Balkan« verkommen. Amerika wäre ein »isoliertes Land«, die Intervention in Iran der »Katalysator für unsere Selbstbeschädigung«. Überdies sei Iran »keine unmittelbare Gefahr; wir haben noch fünf Jahre Zeit für alternative Strategien«. Welche? Der ehemalige Sicherheitsberater will sich nicht festlegen, sondern

murmelt vom »internen Regimewandel«. Der bleibt indes seit der Revolution von 1979 aus.

Washington ist wie Berlin: In beiden Städten ist die Hauptindustrie die Politik, und ihre tragende Klasse ist die schwatzende. Abgesehen vom Rausschmiss des CIA-Direktors Porter Goss, ist das Thema der Woche die iranische Bombe, mit dem raunenden Zusatz: »Da tut sich etwas, ein Militärschlag rückt näher.« Beweise? » Das hört man so.« Zuletzt durfte man das aus dem Munde des Vizepräsidenten Cheney hören, freilich sehr vage: »Alle Optionen bleiben auf dem Tisch« und »Wir werden Iran keine Atomwaffen zugestehen«. Das war allerdings am 8. März, und seitdem konzentriert sich Cheney auf Geburtstagsreden und rhetorische Hiebe gegen Russland.

Die Realität zeigt in eine andere Richtung. Da verspricht Bush liebevoll der deutschen Kanzlerin, keine Alleingänge zu wagen, da bemüht sich Rice um Harmonie im Sechserkreis (UN-Vetomächte plus Deutschland). Und da hat zu aller Überraschung soeben Irans zündelnder Staatschef Ahmadineschad Amerikas Präsidenten einen Brief geschrieben, dessen Inhalt aber noch unbekannt ist. Jetzt heißt es: Amerika wolle eine einstimmige Resolution, wäre auch bereit, auf »Automatismen« und Gewaltandrohung gegen Iran zu verzichten. Das streuen zumindest deutsche Diplomaten.

Jedenfalls redet keiner, der mal Macht hatte oder sie wieder anstrebt, von Militärschlägen. Zum Beispiel Dennis Ross, Nahost-Chefunterhändler für Clinton und Bush: »Teheran hält die Welt im Würgegriff des Öls - und 130 000 Amerikaner als Geiseln im Irak.«

Iranische Atomwaffen wären freilich das größte Übel, weil sie die Nuklearisierung ringsum provozieren würden - »angefangen mit Saudi-Arabien«, das schon einen Deal mit der Atommacht Pakistan hätte. Was er von der sanften Strategie der Europäer hält? » Denen müssen wir sagen: Wir sind bei der Diplomatie mit am Tisch, aber dafür müsst ihr ernsthafte Sanktionen ins Auge fassen - etwa ein Embargo für raffinierte Ölprodukte, von denen Irans Wirtschaft abhängt. Zumindest könnte so das Bombenprogramm verlangsamt werden, was schon ein Gewinn wäre.«

»Trauer« und »Ehre« mahnt kryptisch die Tafel an der Ecke K- und 18. Straße. » Trauer« heißt Selbstbesinnung, »Ehre« heißt - ja, was? Dass die Nation zu Ende führt, was sie im Irak begonnen, in Iran nur vage und ernüchtert angepeilt hat? Bedeutet »Ehre« Glaubwürdigkeit, die es zu retten gilt? Eine Großmacht kann große Fehler begehen, ohne ihren Bestand zu gefährden - das ist der Unterschied zu den Mittel- und Mini-Mächten. Was würde passieren, wenn sich Amerika aus dem Spiel katapultiert?

Überlassen wir dem Nahostexperten der New York Times, Thomas Friedman, der seit Jahrzehnten zwischen Beirut und Islamabad pendelt, das letzte Wort. Wird Iran den Irak fressen? » Nein, die uralte Wut zwischen diesen beiden Kulturen wird sich durchsetzen, Schia hin oder her.« Und Amerika? » Wir werden nicht mehr Zielscheibe in der Region sein.« Die Reputation? » Wir werden eine üble Woche, vielleicht einen Monat durchleben, doch dann werden sie alle wieder bei uns anklopfen, weil sie uns brauchen, weil es keine andere



Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Ordnungsmacht gibt. « Inschallah. www.zeit.de/iran Ordensverleihung in Fort Riley

Weitere Informationen im Internet: [Vizepräsident Dick Cheney bei einer](#)